

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
(81. - öffentliche - Sitzung am 23. September 2016)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018 -) und Ergänzungsvorlage zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6060](#) neu

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2016 - 2020**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/6340](#)

*Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 08** - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - und das in seinem Zuständigkeitsbereich liegende Kapitel 2011, TGr. 64, lfd. Nrn. 37 - 40, des **Einzelplans 20** - Hochbauten unter Einbeziehung der MiPla 2016 - 2020. Er nahm die **Einbringung** durch Frau Staatssekretärin Behrens entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache** sowie die **Einzelberatung** durch.*

2. a) **Gesetzentwurf zur Sicherung der Ausbildungsverkehre in Niedersachsen und zur landesrechtlichen Ersetzung der Ausgleichsregelung gemäß §§ 45 a, 64 a Personenbeförderungsgesetz durch die Zusammenführung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung bei den kommunalen Aufgabenträgern sowie zur finanziellen Unterstützung für Mobilitätsverbesserungen und zur Weiterentwicklung des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs in den Kommunen und zur landesrechtlichen Ersetzung der Ausgleichsregelung §§ 6 a, 6 h Allgemeines Eisenbahngesetz**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5836](#)

- b) **Schülerverkehr bezahlbar halten, den ÖPNV für alle sichern - Mittel für die Schülerbeförderung im ÖPNV rechtssicher verstetigen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5136](#)

dazu: Eingabe 2838

hier: Fortsetzung der Beratung auf der Grundlage der Vorlagen 13 und 14 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes

Der Verfahrensantrag der Fraktion der CDU, in der nächsten Sitzung dem zur Betreuung des Gesetzentwurfes zuständigen Mitglied des GBD und dem vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. - Landesgruppe Niedersachsen/Bremen beauftragten Gutachter Herrn Professor Dr. Ipsen Gelegenheit zu geben, insbesondere zu ihren gegensätzlichen Rechtsauffassungen zur Notifizierungspflicht Stellung zu beziehen, wurde mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Der Ausschuss beriet sodann den Gesetzentwurf in einem ersten Durchgang. Er beschloss mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen, den zweiten Durchgang am 14. Oktober 2016 durchzuführen.

3. **Gründerschmiede Niedersachsen - mehr Engagement für eine neue Gründerkultur**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3533](#)

Der Ausschuss setzte die Beratungen fort. Die Fraktion der CDU kündigte die Vorlage eines Änderungsvorschlages an.

4. **Finanzierung des Landesanteils an den Kosten der „Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU)“ für das Handwerk, die Bauwirtschaft und die Landwirtschaft in Niedersachsen dauerhaft sicherstellen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5829](#)

Der Ausschuss schloss die Beratungen ab. Er empfahl dem Plenum des Landtags - vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen - mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, den Antrag abzulehnen.

5. **Erörterung eines Terminvorschlags für das Gespräch mit dem Gesamtverband Niedersächsischer Kreditinstitute**

Der Ausschuss verständigte sich darauf, das Gespräch am 12. Mai 2017 im Landtagsgebäude durchzuführen. Das Gespräch soll zunächst in einem öffentlichen Teil begonnen und anschließend in einem nicht öffentlichen Teil fortgesetzt werden. Den Mitgliedern des Ausschusses für Haushalt und Finanzen wird anheimgestellt, an der Sitzung teilzunehmen.